

Südwestdeutsche Volksbote.

Organ für die Interessen der verlässigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Südwestdeutsche Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 59/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierfachjährlich Mr. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, höhere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Mittwoch, den 22. November 1905.

12. Jahrg.

Siegen eine Beilage.

Des Buchtages wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Donnerstag nachmittag.

Eine maßlose Propaganda.

Wenn irgend ein Beweis für die völlige Unzulänglichkeit nötig war, um der die verantwortlichen Leiter der reaktionären inneren und äußeren Politik das Land in unabsehbare Verwicklungen stürzen, nun ist er erbracht. Die deutschen arbeitenden Klassen sind zwar seit jahre an die stärksten Proben einer steueroften, rohen Interessenherrschaft gewöhnt. Allein eine so brutale Provokation, wie sie in der neuen Flottenvorlage liegt, ist angefischt bei allgemeinem Einklang, des weltgesichtlichen Moments, in der sie dem deutschen Volke präsentiert wird, sogar für den jüngsten Kurs etwas Außergewöhnliches. Wie mit einem gespannen Schlagwirfer beleuchtet diese neue Zynismus an die Lammesgeduld der Arbeiterklasse nach allen Seiten hin den ganzen Wahnsinn der heutigen kapitalistischen Politik, den ganzen Widersinn der heutigen sozialen Zustände.

Seit Wochen und Monaten herrscht in den westlichen Kreisen der proletarischen Bevölkerung Deutschlands direkter Nahrungsman gel. Ganze Schichten sterbiger und ehrlicher Arbeitnehmer und Frauen sind durch einen zynischen Streich der agrarischen Verletpolitik zur Erkrankung mit Fleisch abfallen und Pilzen, zu langsamem chronischen Verhungern verurteilt. Alle Klagen, alle grossen Proteste der aufgepoltenen Volksmasse werden mit kaltem Lächeln von den mit Ministerbürotheilchen ausgestatteten Kommiss der agrarischen Sippe abgewiesen.

Und in dem Augenblick, wo die Not sich zu einer öffentlichen Katastrophe gestaltet, wo hunderttausende proletarier erbarmungs- und rettungslos dem furchtbaren Glend preisgegeben werden, wird gleichzeitig als die erste große Aktion der Regierung und der bürgerlichen Mehrheitsparteien im Reichstage nicht etwa eine Vorlage zur Ausgestaltung der elenden Sozialgesetzgebung, nicht ein Machtstandesgleich zur Rettung der Unzähl bedrohter proletarischer Existenz, nicht die schaurige Eröffnung der Grenze im Osten, sondern — eine Mehrförderung von einer halben Milliarde Mark für Panzerkreuzer, Torpedobooten und Vermehrung der Marinemannschaften angekündigt! Auf das stärkste Stück der junkerlichen Verletpolitik wird das stärkste Stück des industriellen Raubjuges aufgetragen; nachdem die Volkskasse von den Östlern gehabt blutet worden, wird sie zum „Ausgleich der Interessen“ nunmehr einer Handvoll Panzerplattenfabrikanten und dem sonstigen Häuflein, direktor Interessenten unserer Flotten- und Weltpolitik als wohloes Objekt vorgeworfen.

Doch nicht genug. Die neue unacheure Vermehrung der Ausgaben für eine abenteuerliche Welt- und Kolonialpolitik wird dem deutschen Volke gerade in einem Augenblick zugemutet, wo neue grauenhafte Grausamkeiten über die wilde Hörigkeit der kapitalistischen Kolonialpolitik in den französischen wie in den belgischen Kolonien jede Unterstüzung dieses barbarischen Treibens nicht nur zu einem wirtschaftlich und politisch verhängnisvollen, sondern auch zu einem verbrecherischen Unternehmen stampft. Noch mehr: der neue Sturzlauf einer unverantwortlichen und kampflosen Flottenzauber ist gerade in dem Moment hervor, wo ein kaum abgeschlossenes blutiges Drama der Weltpolitik im fernen Osten auch dem Süddeutschen die Augen darauf öffnet, wie sehr die Sozialdemokratie mit ihren Warnungen vor den furchtbaren Gefahren des weltpolitischen Monsuns recht hatte. Gedenkt halbwochs zurückzuschläge Politiker muss sich darüber klar sein, dass der Ausgang des russisch-japanischen Krieges nicht etwa ein Abschluss, sondern umgekehrt bloß der Beginn eines neuen Kapitels weltpolitischer Handel und Kämpfe im Osten ist, die je weiter, je unübersehbarer, je gewaltiger werden. Sieh in diesen tobblütenden Strudel durch mäss- und endlose Rüstungen stürzen, zugleich aber in der ohnehin gespannten internationalen Lage, nach dem jüngsten Marokkofürst, durch provolatorische Flottenerneuerungen neue Konfliktmomente schaffen, das ist ein frevelhaftes Spiel mit den Schicksalen der Millionen, wie es davon sogar in Preußen-Deutschland nicht viel Beispiele gibt.

Allein das wichtigste Moment ist: Der derbe Dostschlag der herrschenden kapitalistischen Interessenpolitik wird dem deutschen Proletariat gerade in dem Augenblick verdeckt, wo vom Osten die schlimmste Blüte und das heftigste Donnerwetter der russischen Revolution in die dümpfe Dunkelheit der preußisch-deutschen Rückständigkeit herüberleuchten und alle schwere Winkel der barschfogenen Karte mit erschreckender Deutlichkeit aufzeigen. Die russische Revolution ist, wie jeder denkende Politiker, jeder erste soziale Beobachter weiß, bloß der Prolog einer für militärische Periode schwerer Klassenkämpfe in allen kapitalistischen Staaten. Deutschland ist vielleicht der Nächste an der Reihe dieser Staaten, in denen eine langjährige steppelle Klassendurch-

schaft von der Volksmasse zur Reichenchaft gezogen wird. Und eben jetzt breitelt sich die deutsche Regierung, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien der Arbeitersklasse vorzudemonstrieren, dass sie nicht im Traume daran denkt, dem herausziehenden internationalen Volksgewitter etwa durch eine demokratische, fortschrittliche Gestaltung der inneren politischen Zustände den Wind aus den Segeln zu nehmen, den Sturm hinauszuschieben, ihn wilder zu gestalten. Im Gegenteil: mit neuen Rüstungen zu Lande und zu Wasser wird das arbeitende Volk Deutschlands just in dem Augenblick traktiert, als die russische Revolution ihm wieder einmal die alte Wahrheit unter Blutsströmen illustriert, dass der Militarismus und Marxismus von der herrschenden Reaktion stets und überall vor allem nicht gegen den äusseren, sondern gegen den inneren Feind, nicht als Schutzwall des „Vaterlandes“, sondern als Wallwerk der Klassen- und der dynastischen Herrschaft gehbracht wird.

Weiter: Die neue Flottenvorlage ist nur eine „Ergänzung“ zu dem großen Flottengefäß vom Jahre 1900 mit dem Deutschland den ersten waghaften Sprung ins Verderben einer überholten charakteristischen Weltpolitik getan hat. Diese „Ergänzung“ ist aber, wie auch die früheren, nichts anderes als eine systematische Vernichtung, eine Flussverschmutzung des verfassungsmässigen Bewilligungsrechts der Volksvertretung. Der Reichstag beschließt in seiner bürgerlichen Majorität ein Flottengefäß, eine bestimmte finanzielle Aufwendung, darauf nach einem, nach zwei Jahren die Regierung mit neuen „Ergänzungen“ zu dem Gesetz herausruft, die wieder von der bürgerlichen Majorität unter dem Vorwand bewilligt werden, doch man durch den bereits bezogenen Bau der neuen Flotte vor ein fait accompli, vor einer fertige Tatsache gestellt sei, so dass die „unvorhergesehene“ Erhöhung ihrer Kosten gewissermaßen dem Volke das weitere wie eine Befreiung auf die Brust gelegt wird. Die Flottengedebeten, die Annahme und die Festlegung neuer Flotten- und Militärgezeuge verwandeln sich dadurch in eine schale Farce, an der die „liberalen“ Vertreter des parlamentarischen Reaktionismus Geschmeid studen mögen, die aber der Arbeitersklasse nur Elend und Übchen einflößen kann. Und nun gerade angefischt der grandiosen ersten Probe auf eine revolutionäre Massenaktion des modernen Proletariats in Russland, findet die deutsche Regierung nichts besseres zu tun, als den deutschen Parlamentarismus vor aller Welt wieder einmal zu verböhnen, dem deutschen Proletariat mit einem Fingerzeig auf den Tempel der bürgerlichen „es gebenden“ Geschwätzigkeit wieder einmal deutlich zuzurufen: Lasst alle Hoffnung fahren!

Und noch eins! In keinem Stück der heute geltenden Reaktionspolitik des Deutschen Reiches ist der enge Zusammenhang mit der Monarchie, mit dem persönlichen Regiment so stark und so klar zum Vorschein gebracht, wie gerade in der weltpolitischen Schwärmerei. Das deutsche Proletariat weiß zu gut, dass es „unsere herrliche Zukunft“ demselben Kaiser verdankt, wie die unvergessliche Buchhausvorlage. Und nun willdet sich dieses spezielle Schokolade des persönlichen Regiments, der Zwillingsschüler des deutschen Militarismus: die Flottopolitik, wiederum in einem Augenblick, wo von Russland her das ganze brandende Stimmenewir der Revolution immer mehr und mehr von dem mächtigen Donnerwurf überrollt wird: Es lebe die Republik!

Die neue Flottenvorlage, „nehmt alles nur in allem“, ist ein schlagernder Beweis, dass die herrschende Politik in Deutschland blindlings mit verhängten Fügeln draufstößt, ohne die geringste warnende Ahnung von den großen und gewaltigen Drägen zu haben, die da rings herum vor sich gehen. Denkt mit der einen Warnung hätte schließlich die russische Revolution den leitenden Politikern und Parteien Deutschlands doch dienen sollen: sie hat gerade in den letzten Tagen gezeigt, dass in jenen großen historischen Momenten, wo das Volk voll wird und nach Hegelschem Ausdruck „die Quantität in die Qualität übergeht“, auch der innere zweipartige Charakter des Militärs umschlägt, der Soldat und Matrose wird aus einem gedrillten Werkzeug der Reaktion zum freiheitsliebenden Bürger und zum treuen Sohn des Volkes. Hätten unsere Flottenschwämmer für die gewaltigen Lehren der Weltgeschichte noch ein offenes Ohr, sie müssten das Wort des wankenden Admirals des Stille Oceans und seiner untergehenden Kamarilla hören, die der ganzen internationalen Reaktion warnend räumen: Morituri te salutant — dem Ende Gewichte entblöten euch Ihren Gruss!

Politische Nachrichten.

Deutschland

Mit dem Gelde der Steuerzahler wird in Deutschland gewirtschaftet, als ob wir statt der vielen Milliarden Schulden ebenso viel Vermögen hätten. Nicht allein, dass man für den Bau neuer Schlachtschiffe Millionen Mark verpulvert will, nicht allein, dass für die zwecklose Kolonialabenteuerrei in Ost und Westafrika enorme Summen zum Fenster hinausgeworfen werden — jetzt soll das Kolonialamt außer dem Minister auch noch einen Kanzler.

staatssekretär erhalten und zwar — auf Wunsch des neuen erzbischöflichen Kolonialministers. Dieser gute Mann, der jedenfalls glaubt, dass der deutsche Reichsärmel verhältnismässig ebenso gut geschützt ist wie seine eigene Schatulle, „wünscht“ wünscht zum Unterstaatssekretär den loburgischen Staatsminister a. D. Dr. Henning. Und die möglichen Stellen werden diesem Wunsche entsprechen. Was schert sie auch die enorme Schuldenlast des Reiches!

Der Reichstagabgeordnete Max Schippel hat einem Wolfsbacher Telegramm zufolge sein Mandat (Reichstagwahlkreis Chemnitz) wieder gelegt. — Wir sehen diese Mitteilung unter aller Reserve wieder und erwarten, ehe wir uns zur Sache äußern, die Erklärung der in Betracht kommenden Parteien an.

Deutsches Volk, freue Dich! Zur Begründung der deutlich erzielenden Gesetzesvorlage einer Reichsfinanzreform wird offiziell darauf hingewiesen, dass bei einem Defizit von 80—90 Millionen Mark im Reichshaushalt an neuen Reichseinnahmen 245—255 Millionen erforderlich seien. — Da wird das arbeitende Volk den Schwachtrümen noch frammer anziehen müssen!

Die Gründung einer „deutschen Liga für die weltliche Schule“ regt Dr. Benziger, ein bekanntes Mitglied der Gesellschaft für ethische Kultur in der „Vest. Volksatz.“ an. — So gut der Gedanke ist, so zwecklos ist auch seine Verwirklichung angefischt des Strebens der herrschenden Klassen, die Schule durch weitere Verminderung und Verpflichtung immer mehr in ihren Dienst zu stellen. Wer dem Gedanken der Verwertung der Schule zum Siege verhelfen will, der muss seine ganzen Kräfte in den Dienst der Menschheit stellen, d. h. als Sozialdemokrat kämpfen um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Die Wahlrechtsdemonstrationen, die am Sonnabend und Sonntag in Sachsen stattfanden, nahmen einen erstaunlichen Verlauf. In Dresden und Umgegend fanden 23. in Leipzig 5 und im 11. Wahlkreis 11 überfüllte Protestversammlungen statt. In Leipzig fand nach den Versammlungen ein Demonstrationzug nach der Wohnung des Oberbürgermeisters statt, an dem rund 50 000 Menschen teilnahmen. Auch hier verließ alles in voller Ruhe, trotzdem das Militär in Sachsen am Demonstrationsstage in den Kasernen konsigniert und sämliche Bachmannschaften mit je 40 scharfen Pferden versehen waren. Faustiger, aber auch entschiedener Weise hat das sächsische Proletariat seinen Willen dokumentiert, seinen Willen, der sich kurz zusammenfassen lässt in dem einen Satz: Nie der mit dem Dreiklassen-Urricht!

Schönstedt hat erst am 13. d. M. sein Abschiedsbesuch eingereicht, das nunmehr auch genehmigt ist. — Licinus braucht den Schönstedt also nicht erst zu holen.

Wie der Tabak bluten soll. Nach der „Südbadischen Tabakzeitung“ sind infolge dringenden Erfuchts für deutscher Regierungen einige Säcke der Tabaksteuer vorlage abgeändert worden. Für inlandischen Tabak ist nach dem Blatte der Zoll von 45 M. auf 63 auf 80 für den Doppelzettner, für ausländischen von 85 auf 110, für andere Blatttabake und für Zigarren von 85 auf 125 aufgelöst worden. Die Papiersteuer bleibt 2 M. für 1000 Blättchen. Der Zoll auf ausländische Fabrikate ist für Zigarren auf 700 M. für Zigaretten auf 800 M. für den Doppelzettner festgelegt worden. Die süddeutschen Regierungen wollten für die Neuerung des in landischen Tabaks nicht höher blauen als 57 M. Preußen verlangte 70 M. Sachsen 80 M. Für die Zigarettenpapierstempelsteuer ist eine in Düsseldorf konstruierte Stempelmaschine in der Reichsdruckerei aufgestellt worden. Für die Wasserstempelung ist das französische System angenommen worden. — Trotz der „Modifizierungen“ blieben die angestrebten Steuerbelastungen der Tabakindustrie eine Gefahr für Tausende der in ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer.

Heinrich Witbol, einst deutscher Schützling und Gürstling in Afrika, ist beim Ueberfall eines Verpflegungswohns in Südwestafrika durch einen schweren Schuss in den Oberschenkel verwundet worden, hat am 2. November die Wahl seines Sohnes Samuel Isaac zum Kapitän veranlaßt und ist am 3. November in Folge der Verwundung gestorben. — Die Krieger im schwarzen Erdteil aber wird weitergeführt werden, weil die möggebenden Personen in Deutschland es so wollen.

Zur Steuerung der Fleischnot hat der Rat der Stadt Leipzig beschlossen, die Einführung von geschlachteten Balkenfleisch und von geschlachtetem holländischen Vieh auf den städtischen Schlachthof einzulassen. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Im Schwarzwald-Endolsbäder Landtage mit seiner vollen sozialdemokratischen Hälfte bereiten sich interessante Dinge vor. Wie, um unsere Genossen heranzufordern, wird für den aus seiner entwöhnten Residenz abreisenden Künsten eine Erhöhung der Abgabe von 268 000 Mark auf 300 000 M. verlangt mit der Begründung, dass

alle Löhne und Preise bedeutend gestiegen seien. Zum Kommentierer gesetz will die Regierung eine Abänderung vorlegen, nach der die unteren Steuerstufen in Weißfels kommen sollen. Das ist wieder mit der Wartk nach der Sperrzeit gewollt! Ferner wird von der Regierung die Entzölung der Schäfer der Staatsbeamten, Lehrer, Pfarrer usw. für dringend nötig erklärt. Alles ist jedoch von einer vorsichtigen Auffassung des Reichstages, der definitiv zur Hälfte aus Sozialdemokraten besteht, überzeugt. Der Minister, der in Abwesenheit des Fürsten die Stadtregeamt in Händen hat, soll direkt mit entsprechenden Vollmachten versehen sein. Der Wahlkampf kann also bald wieder losgehen!

Von einer „sozialen Arbeitersfürsorge“ machen jetzt in der Presse wieder viel Aufheben. In Reichshaushalt für 1906 sei wieder ein beträchtlicher Summe für die Verbesserung der Wohnungsbeförderung festgesetzt. Der Arbeitgeber fordert. Auch in Preußen würden neue Maßnahmen für den Wohnungsbau verlangt werden. Der preußische Staat habe bisher nicht weniger als 74 Millionen Mark für die Verbesserung der Wohnungsbeförderung bewilligt. Es seien bereits 20 000 Wohnungen für Arbeiter und Beamte geschaffen worden. Das sei doch eine Sozialpolitik, die der Arbeiterschaft unmittelbar zu gute kommt. — Die „Arbeitersfürsorge“ hat jedenfalls den Vorteil, daß sie den Staat absolut nichts kostet, da die Bauten für die aufgezogene Summe im Gesamtbudget der Städte von den Arbeitern wieder aufgebracht werden müssen. Es ist wirklich nicht am Platze, von einer so sozialverträglichen Politik für sozialen Arbeitern und Beamten für angemessene Wohnungen zu jagen, so viel Wünsche zu machen, stattdessen billigeren Wohnungen den Staat ja auch der Notwendigkeit entschreibt, höhere Löhne und Gehälter zu zahlen!

Wienland.

Er bekannte Farde, der Reformminister Witte. Nach einer Petersburger Meldung hat er einen energischen Feldzug gegen die revolutionären eröffnet. Er enttarnte Vertreter des neuen Handels- und Arbeitsministeriums zu den Arbeitern und ließ ihnen sagen, das Ministerium stehe ihnen zur Verfügung, sie müßten sich jedoch von der revolutionären Organisation trennen. Die Arbeiter lehnen das ab, und der revolutionäre Polizeiabteilungsleiter hat einen Gegenantrag zu einer sozialen Revolution erlassen. Gleichzeitig entstand er Unterstaatssekretär, um die sozialdemokratische Partei in die Reihen der Sozialrevolutionären hinzuzuziehen. Graf Witte antwortet darauf mit der Drohung, der Kriegszustand würde verhängt werden. — Aus dem „reformistischen“ ist also ein revolutionärer Witte geworden, ein Raus, dem, wie allen Befürchtungen in Augoland, heute schon um sein Leben bangt und der Kriegseinzug Schutz seines Lebens ergriffen läßt.

Wie die schwarze Bande in Bladimofot gewaltet hat, geht aus folgender Meldung hervor: Ein aus Bladimofot an Bord des deutschen Dampfers „Icarus“ in Rossi eingetroffener japanischer Kaufmann erzählte folgende Einzelheiten über die Umrüben in Bladimofot: Die Exportwaren 40 000 Mark pro Kiste wurden auf der Brücke und Räumlichkeiten der im Hafen liegenden beiden Reedereischiffe. Sie hatten alle wichtigen Gebäude der Stadt in Brand, einschließlich des Geschäftshauses der deutschen Firma Kanz u. Alberts. Auf Dampfer, welches den Hafen zu verlassen suchten, sollten die Rentner aus Russland ausweichen. Bei der Bedienung der Schiffsschalter fand jedoch ein Unfall und infolgedessen gelang es der „Icarus“, zu entkommen. Schiffsvorhanden ging der Kondor nicht vor den „Rentnern“, sondern von dem auf sie losgelassenen Polizeigefolde aus, wie in Romford und darüber.

Das in Gatchina hat das Militär „gemeint“: Zahlreiche, die über Bladimofot und Tschu nach Sibiras geflohen sind, in eine Kavallerie unter den Kompanie in Gatchina eingeschlossen, die idem war als die in Bladimofot. Die winterlichen Soldaten plünderen und ermordeten viele Offiziere, wobei die Öffnung mit Gewalt wiederhergestellt werden. Die Rentner berichten mehrfach über Schändungen und sagten ihre Opfer unter den europäischen wie unter den russischen Einwohnern. Die letzten Rückzüge erfolgten in Bladimofot anzuregen, meinten, daß die Kavallerie in Gatchina noch im Januar sei. — Die Kondor habe zweifellos nicht vor den Rentnern, sondern von den „sozialen Freuden“ verschoben werden.

Im Warschau erzielte ein Sozial zwei auf einer Drohfe fehlende Lebhaft. Aufgrund einer Sabotageversammlung verhaftete man fünfzehn Polizisten, 190 Personen, darunter 23 Frauen.

Eine Demonstration in Helsingfors, das 2000 Personen, darunter Vertreter der Sozialen, befürchtet an der Rettung für Finnländer, Kinder, in Finnland zu leben, in sofern sie keinen Rückzug fordert, soll es dann sein Beratung die Sozialen verhindern und das Regime der Gewaltfreiheit Diktaturen befürchtet habe; er habe niemals das Recht der Sozialen für Frieden gehabt.

Der Finnpolitiker Bruno Selja ist zum zeitweiligen Oberbürgermeister von Finnland ernannt worden.

Offenbarungen.

Nach Süßdorfer Rüttel: Die sozialistische Presse ist am „Bildung“ engagiert, die ganz unerträglich ist, es ist anzusehen, auf die obige Abänderung der sozialen Reform“ einzugehen, was so viel ist geplant, daß sie eine doppelte Entwicklung der Arbeiterschaft erzeugt. Bei der entsprechenden Ratsversammlung waren in Berlin die gesetzlichen Verbesserungen getroffen. Mitteleinheitlich sind 400 Geburten, die eben aus Süßdorfer Städten stammen, eingezogen die Stadt. Nicht nur in der letzten Stadt durch große Mengen von Einwanderern und Einwanderern eingezogen, was in den Sommer, in Süßdorfer, auf dem Süßdorferberg, wo der Süßdorfer durch große Geburten überschwemmt. Im Süßdorfer Gebiet, auf dem Süßdorferberg, kann der Süßdorfer und in Süßdorfer Städten gleichfalls größere Einwanderungen. Die Regierung kann in großen Maßstufen in diesem Bezug zu den Süßdorfern kommen. Die Süßdorfer haben sicherlich gewählt, die Süßdorfer des Süßdorfs wurde gewählt, und der Süßdorfer hat die Süßdorfer der Süßdorfer der Süßdorfer gewählt.

Reichen Befall spendeten und in Gattungskasse gegen die Mehrheit ausdrücken. Abends fand eine große Vertrauensmännerversammlung sämtlicher Brüder in Fabrik statt, in der die Großen Höhle und Zeichner Bericht erstatteten. In der Versammlung herrschte die größte Gattung. Freiheit fand eine Sitzung des deutischen und sozialistischen Parteiorganisators statt, in der die Großen Höhle und Höhle zusammen waren, daß die Großen Höhle und Höhle zusammen waren, um gegen die Wahlkommission zu protestieren und zu verlangen, daß sie nicht die Sanktion unterschreite werde. Freiheit werden in Süßdorfer und Umgebung nicht Versammlungen aufzufinden mit der Tagessordnung: Der Wahlkreiswahlkampf ist in Süßdorfer. Weiter wurde beschlossen, einen gemeinsamen Landesparteitag einzuberufen, um gegen die Wahlkommission zu protestieren.

Briefe **freiheit** **in** **Süßdorfer**. Das Bild wird gemeldet: Das „Bild“ unser Parteidienst, ist in Süßdorfer Woche noch nicht veröffentlicht worden. Das „Bild“ hat sich mit einem Telegramm an den Minister des Innern gewendet, worin ihm Mitteilung von den unerhörten Kontrollen gemacht wird. Ferner wird daraus verfolgt, daß die Revisionen wegen Abschaffung von Gütern erfolgten, die in den anderen Bürger Blättern veröffentlicht werden.

Für das allgemeine Wahlrecht. Es verschiedenartigen Beiträgen sind am Sonntag 25 nach den Gewerkschaften gewidmet: sozialdemokratische Vereinigung in Süßdorfer statt, um die am Tage der Parlamentswahl öffnung zu verankerten. Nun sind gebürgert für das allgemeine Wahlrecht vorbereitet. Es wurden Befürchtungen angenommen, worin Süßdorfer Worte zum Wahlkampf und zum Massenauftauch aufgefordert wird. Zwischenfälle sind nicht vorgetragen.

Frankreich.

Rouvier, hüte Dich! Wie gestern bereits gemeldet, kam am Freitag auf Veranlassung unserer Genossen das Befehl der Regierung bei dem Arbeiterkonsortium zur Sprache. Der Ministerpräsident Rouvier sang gegenüber der Forderung unserer Freunde auf uneingeschränkte Gewährleistung des Wahlrechts für alle Arbeiter fortwährend des alten Gedanken der Gefährdung der Landesverteidigung im Falle der Anerkennung des Rechts auf Streiks für die Arbeiterarbeiter. Als Rouvier immer nur mit diesem lediglich auf Stimmenzettel berechneten Argument kam, da rief ihm Genosse Faure zu: „Sie wollen den Kampf mit uns? Gut! Sie sollen ihn haben!“ — Seht wie Rouvier, woran er ist!

Ein eingesperrter Generalissimus. Der Ministerrat verurteilte den Generalissimus Brugère zu einer 14-tägigen Arreststrafe, weil er den Blättern die Rüttelung einer geheimen Unterredung mit dem Kriegsminister Etienne über den Zwischenfall mit General Picard gemacht hat. — Ob der Herr Generalissimus wohl die 14 Tage abservieren wird?

England.

Eine Demonstration des Hausers fand Montag im Hyde Park (London) statt. Etwa 8000 Arbeitlose nahmen an der Versammlung teil. Sie trugen Schilder mit der Zeitschrift: „Wir wollen kein Almosen, sondern Arbeit!“ Weiter wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wurde, daß eine neue Regierung vom Parlament die Französischen öffentlichen Arbeiten fordere und daß mit dem Kapitalistischen System gebrochen werde. Die Versammlung verließ vollkommen ruhig; ein großes Polizeiaufgebot war vor Stelle.

Veranstaltung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 20. November 1905.

Der Vorsitzende Stiller eröffnete die Sitzung um 6. Uhr.

Der erste Senatsantrag lautet: Genehmigung eines von der Vordeputation mit der Territorialgesellschaft Strohacker geschlossenen Vertrages und Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St. Jürgen.

Schöler beantragt, zu beschließen, daß eine eventuelle Aufhebung der Verbindungsstraße zwischen Mönchsbüttel und Moltkestraße der Genehmigung der Bürgerschaft bedürfe.

Senator J. H. Goetsch erklärt dies für selbstverständlich.

J. H. Goetsch trifft für den Antrag Schöler ein.

Senator J. H. Goetsch bemerkte noch, daß eine andere Verbindungsstraße angelegt werden würde, wenn dir von Schöler bezeichnete eingehaftet.

Buchwald merkt sich gegen die den neuen Straßen beigelegten Namen, die leicht zu Verweilungen und Missverständnissen Anlaß geben können. Zu verwundern und zu bedauern ist, daß man noch keine Bullenweltstraße habe, wo man doch die Namen vieler unbekannter Patriarchenbekleideter den Straßen beigelegt habe.

Stender steht auf dem Standpunkt des Senats und erachtet Schöler, seinen Antrag zurückzuziehen, da eine Bevölkerung niemals einen öffentlichen Weg ohne Zustimmung des Senats und Bürgerschaft anfahren kann.

Schöler zieht seinen Antrag zurück.

Darauf wird der Senatsantrag angenommen.

Der zweite Senatsantrag lautet: Abänderung des Jagdgesetzes. Dem § 19 des Jagdgesetzes vom 28. Februar 1900 soll der folgende 2 Absatz hinzugefügt werden: „Wo, das nachweislich vor Beginn der Schonzeit in ein Jagdhause gebracht ist, best. Inserat der Betrieb des Wildes aus dem Jagdhause der besonderen Kontrolle des Polizeiamtes unterliegt ist, auch während der gezeigten Schonzeit festgehalten oder verkauft werden.“

Bettit trifft für den Senatsantrag ein.

Lauwinkel erhält den Senat darum, möglichst für Abhilfe der Kündigungspflicht an der niedersächsischen Grenze zu sorgen.

Senator Dr. Neumann folgte Bedingung der von Lauwinkel angeregten Sache zu. Er erläuterte weiter, daß die Kündigung für Wild, die am Kündigungstag angelegt hat und unter polizeiliche Kontrolle gestellt wird, weiteren Strafen zugänglich gemacht werden soll.

Außerdem Senator Dr. Schöler und Thiele zur Aussiedlung am Heiligengrund geprochen haben, und der Senatsantrag angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Vermehrung der Richterstellen bei in Landgerichte.

Dr. Wittern hält es für notwendig, daß vergleichendes Material über die Beschäftigung der Richter an den Gerichten anderer Städte eingeholt werde, wenn man die Frage prüfen will, ob die hiesigen Richter überlastet seien. Jedenfalls sind die Kosten unseres Justizrats sehr hoch im Vergleich zu denjenigen anderer Städten. Doch die verschiedenen Richterstellen überlastet sind, glaube ich. Das liegt jedoch auch daran, daß sie für erkundete Kollegen einzutreten müssen. Will man hier Abhilfe schaffen, so bin ich nicht dagegen. Ich bin aus allen diesen Gründen für Kommissionsberatung. Weder wendet sich dazu der ländlichen Strafrechtspflege zu. Es ist vielfach üblich, daß während der Plaidoiries des Verteidigers der Vorsitzende sich mit dem Gerichtsdienst geschäftlich unterhält; dadurch kann der Verteidiger leicht verschwinden. Weiter möchte ich einen Fall vortragen, wo der Gerichtsvorsitzende einen Privatläger, einen Bauern, in barischen Wörtern aufforderte, auf der Auflagebank Platz zu nehmen, während er den eigenlichen Angeklagten, einen Gerichtsassessor, d. d. freilich erschöpft, verließ. Ein Richter, der auswärts wohnhaft war, wollte seine Praxis nach hier verlegen und erhielt um Zulassung zum hiesigen Landgericht. Darauf wurde der Vorsitzende auf Veranlassung eines hohen Richters Tag und Nacht von drei Detektiven auf Schritt und Tritt verfolgt und über jede seiner Bewegungen Bericht erstattet. Ich frage nun, was geht das tun und lassen das Richter damit bezahlt? Weiter möchte ich auf einen Missstand hinweisen, der darin besteht, daß beauftragte Richter den eisernen Schrank, in dem Notare gegen Mietszahlung Testamente usw. aufbewahren, öffnen und revidieren, ohne daß die beteiligten Notare hinzugezogen werden. Die Verantwortung für die Testamente tragen die Notare allein und deshalb könne nicht ausgegeben werden, daß der Schrank in deren Abwesenheit geöffnet werde. Er bitte deshalb um Besichtigung dieses Nebelstandes. (Lebhafte Beifall.)

Senator Dr. Fehlings sagt zu, die letzte besprochene Sache zu untersuchen. Dann wendet er sich gegen die Ausführungen Dr. Witters, die geeignet seien, das Ansehen des Richterstandes zu untergraben. Nicht nur tüchtige Rechtsanwälte und Richter gibt es in Süßdorfer, sondern auch freie Bürger, die wirkliche Übergriffe des Gerichts entschieden zurückwehren würden. Auf die einzelnen von Dr. Wittern angeführten Fälle wolle er nicht eingehen. Dann gibt Redner eine ausführliche Darstellung der von Dr. Wittern kritisierten Beobachtung des Rechtsanwalts, die sich jedoch im Wesentlichen mit den Angaben Witters deckt und erklärt zum Schluß, daß der Landgerichtspräsident seine Befugnisse nicht überschritten habe und daß der Senat dessen Verfahren billige. Der Anwaltstand sei nicht in seinem Ansehen geschädigt. Schließlich erläutert Redner, dem Antrage Dr. Witters auf Kommissionsberatung nicht zu folgen, da durch denselben die Sache nur verschleppt würde. Er bitte um Annahme der Senatsvorlage.

Thiele erklärt sich nach den Ausführungen Witters für Kommissionsberatung des Senatsantrages. Auch ihm sei übrigens zu Ohren gekommen, daß die Angeklagten sehr häufig von einem Gerichtsvorsitzenden schroff behandelt werden. Weiter tritt Redner für die Gerichtsvollzieher ein und fordert die Neubesetzung einer seit längerer Zeit erledigten Gerichtsvollzieherstelle.

Senator Dr. Fehlings erwidert, daß die valente Stelle bald wieder besetzt würde. Daß das Amt eines Gerichtsvollziehers nicht leicht sei, wolle er gern anerkennen.

Dr. Sommer weiß die Angriffe Witters auf die Richter zurück. Die Bürgerschaft sei nicht der Ort, wo solche Beschwerden vorgebracht werden. (Widerspruch.) Wenn auch während den Verhandlungen Dienstgeschäfte erledigt würden, so holte der Richter doch mit einem halben Ohr den Verhandlungen und mancher höre mit einem halben Ohr mehr, als andere Leute mit beiden.

Dr. Wittern hält die Bürgerschaft gerade für die richtige Stelle, an der er seine Beschwerden vorbringen kann, denn nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung würde eine Änderung eintreten. Es würden von den Richtern während der Verhandlung nicht nur eilige Sachen erledigt, sondern auch solche, die eigentlich im Hause bearbeitet werden sollten. Wohl das führt, wenn der Richter nur mit einem Ohr zuhört, habe Landrichter Dr. Sommer selbst in einer Verhandlung bewiesen, der er präzisierte. Zweimal habe er seine Ausführungen als unrichtig bezeichnet, während der Angeklagte auf Beifragen als zutreffend befunden. Das kommt davon, weil Sommer jedesfalls nur mit einem Ohr zugehört habe. Redner spricht sodann seine Bewunderung darüber aus, daß der Senat das gegen den Rechtsanwalt eingeschlagene Beobachtungssystem verteidige.

Senator Dr. Fehlings meint, daß Dr. Wittern keine Misstände im Gerichtswesen aufgedeckt, sondern nur Einzelfälle verallgemeinert habe. Der Senat habe in der Beobachtungssäße nichts beschönigen sondern die Ungelegenheit nur sachgemäß darstellen wollen.

Dr. Götz hält es für unerhört, daß ein Mann, der keiner Straftat beschuldigt wird, tagelang von Polizeibeamten auf Schritt und Tritt verfolgt wird. Die hiesige Anwaltskammer habe dies Verfahren scharf gebilligt. (Lebhafte Beifall.)

Senator Dr. Fehlings bemerkte, daß die Richter das Vertrauen des Volkes besitzen. (Widerspruch.) Im übrigen bleibt er bei dem, was er gesagt habe.

Dr. Preiß verurteilt scharrig die Verhandlungen des höheren Gerichtsbeamten gegen den Anwalt. Er hätte doch erwartet, daß sich der Senat wenigstens bei der Anwaltskammer entschuldigen würde.

Senator Dr. Fehlings: Die Anwaltskammer habe auf ihre Beschwerde eine Antwort erhalten. Für den Senat sei die Sache damit erledigt.

Hierauf wird der Antrag auf Kommissionsberatung angenommen. In die Kommission wurden gewählt: Dr. Preiß, Dr. Wittern, Dr. Ziehl, Dr. Benda, Dr. Sommer, Kaufmann Ritter, Kaufmann Jenne, als Erkämmer die Herren Coleman und Dobberstein.

Der nächste Senatsantrag betrifft das Süßdorfer Gewerbege richtsgesetz.

Kosenquist wünscht, daß zu Wahlvorstehern bei den Gewerbezertifizierungen nur Gewerbetreibende ernannt werden.

Senator Dr. Fehlings: Die Wahlvorstände bestimmen der Bürgerausschuß.

Dr. Preiß führt ein, es sei nicht nötig, daß dem Bürgerausschuß bestimmte Vorschriften gemacht werden. Es schade auch nicht, wenn einmal ein Kaufmann bei den Gewerbezertifizierungen als Wahlvorsteher fungiere.

Senator spricht sich ähnlich aus.

Darauf wird in die Spezialberatung eingetreten.

Beim § 41 beantragt die Kommission, die Bestimmung, nach welcher das Gewerbegericht auf Ansuchen des Senats verpflichtet ist, Gutachten zu erstatten, zu streichen.

Senator Dr. Fehling bittet, den Bassus bestehen zu lassen, der dem Reichsgesetz entzogen ist, und der sich in fast allen Gewerbegerichtsgefahren befindet.

Heute tritt für die Streichung ein. Im Gewerbegericht sind die Arbeitnehmerbeisitzer Sozialdemokraten und die würden auch bei Erstellung von Gutachten ihr Klasseinteresse vertreten. Zur Erstellung von Gutachten sollte man nur die Gewerbealarme heranziehen.

Vom Senatstricht und von Dr. Beverkühn wurde angeführt, daß die Gutachten dadurch gerade wertvoll würden, wenn sie auch die Meinung der Arbeiter enthielten.

Schließlich wurde die Senatsvorlage mit einer von Schöner beantragten redaktionellen Änderung angenommen.

§ 45 legt dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts die Verpflichtung auf, nach Klärstellung des Sachverhalts auf einen Vergleich hinzuwirken. Die Kommission will diesen Satz streichen.

Dr. Beverkühn wendet sich hiergegen. Gerecht diese Bestimmung sei geeignet, sozialpolitisch und versöhnend auf beide Parteien zu wirken. Das Gewerbegericht sei ein Einigungsamt im kleinen. Selbstverständlich würden Sachen von prinzipieller Bedeutung entschieden werden.

Heute tritt für Streichung des Vergleichsparagrafens ein. Die Arbeiter gingen, bevor sie sich an das Gewerbegericht wenden, erst nach der Johannisstraße und dort würde ihnen stets geraten, nur zu klagen. Einmal würden sie ja immer erhalten. Angefischt dieser Sachlage bezahlten viele Arbeitgeber lieber gleich die Forderungen, als daß sie zum Gewerbegericht gingen. Der Vergleich falle fast immer zum Nachteil der Arbeitgeber aus.

Schöner stimmt Rosenquist zu. Das Gewerbegericht sei dazu da, um Recht zu sprechen.

Senator Dr. Fehling tritt für die Fassung der Senatsvorlage ein. Wenn man auch den Satz streichen würde, so sei damit doch nichts erreicht, denn ein guter Gewerbegerichtsvorstand würde doch immer erst einen Vergleich anzubauen versuchen.

Dobberstein empfiehlt die öffentliche Rechtsauskunftsstelle zur Benutzung; sie sei das Gegengewicht der Johannisstraße. Die weiteren Ausführungen des Redners entbehren des zum Verständnis nötigen Zusammenhangs.

Senator Dr. Fehling fragt Dobberstein, ob er für oder gegen die Senatsvorlage gesprochen habe. (Heiterkeit.)

Dobberstein: Selbstverständlich dafür. (Große Heiterkeit.)

Dr. Görz befürwortet die Senatsvorlage. Man wolle sich anscheinend in bewußtem Gegensatz zum Reichsgesetz legen. Handwerker, die sich im Recht befinden, werden ihre Ansicht schon zu vertreten wissen.

Oldenburg ist für die Bestimmung der Senatsvorlage. Das Gewerbegericht solle schnell Recht sprechen, deshalb sei es nicht mit den ordentlichen Gerichten zu vergleichen. Über das Vergleichsverfahren sind bisher auch keine Klagen erhoben worden. Es sei gut, daß unser Gewerbegericht nicht dem Verband deutscher Gewerbegerichte angehört. Die Gefahr läge nahe, daß man durch denselben zu einer handwerksmäßigen Rechtsprechung kommen könnte. Es sei besser, wenn die Vorsitzenden der Gewerbegerichte weniger Sozialpolitik trieben.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet hierauf Annahme.

In der Gesamtabstimmung wird die Senatsvorlage angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft das Spezialprojekt für den Neubau einer Centralstrafanstalt. Kosten 1445000 M.

Dr. Wittern kommt hierbei auf Missstände im Strafvollzug zu sprechen. Da das Landgericht auch für das Fürstentum Lübeck zuständig sei, so müssen in Lübeck Verurteilte manchmal ihre Strafe in Belegschaft verbüßen. Hier sei es vorgekommen, daß ein schulpflichtiger Knabe, der wegen zweier geringfügiger Diebstähle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist, lange Zeit in einer Zelle mit einem wegen Totschlags zu 12 Jahren Buchthaus und einem wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Verbrecher eingesperrt worden ist. Das hätte ein Beamter bestätigt und bemerkte, daß der Sittenverbrecher auf andere Mitgefange einen schlechten Einfluß ausgeübt hat, indem er an seinen Mitgefange mitlistische Handlungen vorgenommen hat. Hier sei an der Seele des Kindes schwer gefündigt worden. Es würde empfohlen, um solchen Fällen vorzubeugen, die Zellen für jugendliche Gefangene zu vermehren.

Senator Dr. Schön erklärt, daß die hiesigen Behörden keine Schuld an dem von Dr. Wittern geäußerten Fall tragen. Bei uns befinden sich überhaupt sehr wenig jugendliche Missetäter im Gefängnis, weil das Recht der bedingten Begnadigung häufig zur Anwendung kommt. Die vorhandenen Zellen genügen für die jugendlichen Gefangenen.

Dr. Bendt bemerkt, daß in Lübeck die gesetzlichen Vorschriften gewissenhaft ausgeführt würden. Der von Dr. Wittern angeführte Fall sei an das oldenburgische Justizministerium berichtet worden. Wehr habe man in dieser Sache nicht können.

Nach weiteren unwesentlichen Erörterungen wurde die Senatsvorlage angenommen.

Debatte los genehmigt wurde der Senatsantrag, betr. Erhöhung der Bezüge der Seniorin und der Konventualinnen erster Klasse des St. Johannis-Jungfrauenklosters.

Beim folgenden Senatsantrag: Einrichtung des Hauses Königstraße Nr. 77 für die Zwecke der Kaufmännischen Fortbildungsschule, bittet

Dr. Wittern, die Vorlage abzulehnen, da das Ge-

bäude für den Zweck nicht genüge. Mindestens sei eine kommissarische Beratung notwendig. Weiter bemängelt Redner, daß dies Haus zu Schulzwecken benutzt werden sollte, das eigentlich in die neue Flughafenlinie zurückgeführt werden sollte.

Senator Dr. Schön bittet dringend um die sofortige Annahme der Senatsvorlage.

Nach weiteren belanglosen Bemerkungen wird der Senatsantrag angenommen. Ebenso der Senatsantrag, betr. Abänderung des Gesetzes vom 16. Juni 1885, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Weisen von Beamten.

Schluß der Sitzung 10 Uhr.

Zügel und Nachbarsgebiete.

Dienstag, den 21. November 1905.

Achtung, Männer! In der heute abend stattfindenden Mitglieder-Versammlung wird der Verbandsvorstand, Genosse Lümelburg über das zeitgemäße Thema: „Partei und Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung des Massenstreiks“ sprechen. Hoffentlich erscheinen die Kollegen recht zahlreich.

Reklame für die Fleischwucherer macht unser Amtsblatt. Es bringt im Lokalen Teil folgende Notiz: „Eine große Versammlung aller Landwirte von Lübeck und Umgang findet am kommenden Donnerstag im Konzerthaus Fünhausen statt, in welcher Herr Schlesper vom Bund der Landwirte einen Vortrag über die dringende Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Landwirte, die Berliner Milchzentrale, das Fleischnotgeschrei und die Viehzentrale halten wird. Dieser Versammlung voraus geht eine Versammlung der Genossenschaft für Milchverarbeitung.“ Angesichts der Notlage, die hier wie anderorts durch die hohen Fleischpreise hervorgerufen ist, und die in den monatlichen Schlachthofberichten ihre Bestätigung findet, ist es eine direkte Verhübung weiterer Volksfreize, wenn von einem Fleischnotgeschrei geschrieben wird. Und einer solchen schmutzigen Nekropsie macht sich das amtliche Organ unserer Stadt schuldig. Es hofft vielleicht, sich dadurch einige Abonnenten im ländlichen Großgrundbesitz zu ergattern. Daß das Blatt Abonnenten nötig hat, ist allbekannt; es gibt jedoch höchst anständigere Gelegenheiten, sich solche zu erwerben. Wie die angeblich nationalliberalen Lübeckischen Anzeigen ihre Stellungnahme für den Fleischmischer begründen werden, ist uns vorläufig unklar; sie werden jedoch schon irgend eine faule Ausrede finden.

Der dritte Teilstreit der Einkommensteuer für das Jahr 1905/06 ist von den Steuerpflichtigen, welche im Bezirk eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz, die Landwehr und Travemünde sind, in der Zeit vom 21. bis 30. November d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Aufforderung. Am Dienstag, den 14. November, morgens 20 Minuten vor 6 Uhr ist auf dem Wege am Stadtgraben zwischen Bahnhof und Kloppefuß ein Arbeiter der Thiel'schen Fabrik durch ein über den Erdbohlen hervorragendes Rohr zu Fall gekommen und hat eine ernsthafte Verlegung des Kopfes erlitten. Ein Arbeiter der Lübecker Maschinenbau-Aktiengesellschaft war Zeuge des Unfalls, er hat dem Verletzten das verlorene Frühstücksbrot wieder augereicht. Die Adresse dieses Arbeiters wird erbeten und er selbst ersucht, sich auf dem Arbeiterselbstwahl einmal einzufinden.

Stadthallen-Theater. Mittwoch bleibt das Theater des Bürtages wegen geschlossen. — Donnerstag geht eine Novität: „Augenrecht“, Komödie in 3 Akten von Jon Lehmann, in Szene. — Freitag wird, vielfachen Anfragen entsprechend, „Hoffmanns Erzählungen“ gegeben. — Sonnabend geht als 3. Schüler-Klassiker-Bestellung „Ein Sommer nach Italien“ von Shakespeare in Szene.

Auguste Bräsch-Grevenberg, die auch hier bestens akkreditierte und bekannte Darstellerin, wird kommenden Montag und Dienstag in zwei verschiedenen Stücken gastieren. Wie wir hören, findet das Gastspiel im Abonnement statt und zwar zu gewöhnlichen Opernpreisen.

Zum Untergang des Lübecker Dampfers „Dortmunder“ wurde der Reederei vom deutschen Konsul in Wisby nähere Einzelheiten berichtet: Wahrscheinlich infolge Schneetreibens ist das Feuer von Fack unvorsichtig geworden und der Dampfer auf dem nördlich gelegenen Salvoreff gestrandet. Nachdem das Schiff gegen zwanzig Mal aufgetaucht war, ist es durch eine schwere See wieder vom Riff abgeschleudert worden und dann in der gleich hinter demselben befindlichen großen Tiefe von ca. 70 Metern gesunken. Den sechs geretteten Leuten ist es gelungen, in einem Boote von dem Dampfer frei zu kommen, während das zweite Boot schon am Deck zertrümert wurde und die übrigen zwei Boote ebenfalls infolge der eingetretenen Schlagseite von der zufließenden Besatzung nicht erreicht werden konnten. Die Geretteten, welche sehr unter der Kälte zu leiden hatten, sind vollständig erfroren in Fardund aufgenommen und mit neuen Kleidern versehen worden. Da sämtliche Schiffspapiere mit verloren gegangen sind, hat die Reederei die genauen Namen der Überlebenden noch nicht ermitteln können, es sind jedoch Nachforschungen bei den verschiedenen Wusterungsbehörden angestellt. An eine Hebung des Dampfers ist unter diesen Umständen nicht zu denken, so daß die Sicherung den Totalverlust von 590000 M. zu tragen haben wird.

Konkurrenzöffnung. Über den Nachfall der am 16. Mai 1905 zu Lübeck verstorbenen Witwe des Arbeiters August Johann Karl Bleck, Henriette Elise geb. Hahn, ist am 20. November 1905, nachmittags 12 Uhr, das Konkurrenzverschreben eröffnet worden. Der Referendar Dr. Gebhard in Lübeck wurde zum Konkurrenzverwalter ernannt.

pb. Haussiedensbrüche. Gegen einen hiesigen Arbeiter, der sich ohne Befugnis in der Wohnung einer Witwe

aufhielt, und sich auf deren Haussiedensbrüche nicht entfernte, wurde Anzeige wegen Haussiedensbrüches erstattet. Ein Bauunternehmer erhielt gegen 3 Arbeiter, wegen gemeinschaftlichen Haussiedensbrüches und Körperverletzung, Anzeige.

pb. Diebstahl. In den letzten Tagen wurde von dem Korridor eines an der Pfaffenstraße belegten Hauses ein schwärmer Winter-Überzieher mit Sammelkarten, Hornbüchsen und schwärmer gelb farbiertem Butter gestohlen.

pb. Gestohlen wurde ein fremder Schuhmacher-Sessel, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Prenzlau wegen Sittlichkeitsverbrechens strobisch verfolgt wurde.

Hamburg. Kohlengassvergiftung. Der Friseur Hansel und der Schneidergeschäft Spiegel, die in der Kapellenstraße 28, 4. Etage, gemeinsam ein Zimmer bewohnen, wurden am Sonntag vormittag gegen 9½ Uhr von ihrer Witwe, als sie ihnen den Kaffee bringen wollte, bewußtlos in ihren Betten aufgefunden. Ein herbeigerushener Platz stellte Kohlengassvergiftung fest und sorgte für die Überführung der Leute ins St. Georg Krankenhaus. Allem Antheim nach liegt ein Unglücksfall vor. Die Witwe hat einen in dem fraglichen Zimmer befindlichen Ofen am Sonnabend abends gegen 8 Uhr angeheizt, die Ofentür jedoch offen gelassen. Etwa um 12 Uhr nachts fehlten Hansel und Spiegel von einem Ausgang herein. Nach Aussage eines anderen Einlogierers, der neben ihnen wohnt, haben sich beide noch längere Zeit lebhaft unterhalten. Wahrscheinlich haben sie, bevor sie zu Bett gingen, die Ofentür zugemacht, obgleich die im Ofen befindlichen Stoffenstücke noch nicht durchgebrannt waren. Dadurch haben sich Kohlengass entwölft, die in das Zimmer strömten und die Vergiftung der Schlafenden verursachten. Bei der durch die Polizeibehörde vorgenommenen Untersuchung fand man die Ofentür geschlossen; im Ofen befanden sich angebrannte Kohlensäcke. Der Schneider ist inzwischen im St. Georg Krankenhaus verstorben. Der Barbier- und Friseurgehöft Hansel ist noch am Leben.

Hamburg. Majestätsbeleidigung. Unter der Majestätsbeleidigung stand der Konditorhilfsarbeiter Juschka vor dem Landgericht. Der Angeklagte, der seit März d. J. bei einem Bäckermeister in Arbeit stand, soll im Mai d. J. in der Bäckstube wiederholt heiterische Redenzen gehabt und bei dieser Gelegenheit auch wiederholt private Neuheiten mit Bezug auf die Person des deutschen Kaisers und des Kronprinzen gemacht haben. Der Angeklagte bestreitet, beleidigende Neuheiten gemacht zu haben. Auf Grund der unter Ausschluß der Offenheit stattgefundenen Beweisaufnahme sah der Staatsanwalt den Angeklagten für überführt an und beantragte eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis und beschloß seine sofortige Verhaftung.

Martine. Großes Feuer. Am Sonnabend abend brannte die Maschinenfabrik von Müller u. Windfuß auf die Grundmauern nieder. Da fast Windfuß herrliche und die Feuerwehr bald in Tätigkeit trat, blieben die anliegenden Häuser vom Feuer verschont. kostbare Maschinen und wertvolle Modelle wurden ein Raub der Flammen.

Bremen. Die Rettungsstation Langenweg der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert vom 19. d. Ms.: Von dem hier strandeten deutschen Dampfer „Auslinger“, Kapitän Lötz, aus See nach Geestemünde bestimmt, sind zehn Personen durch das Rettungsboot „Reichspost“ der Weststation gerettet worden.

Wilhelmshaven. Großes Feuer. Gestern mittag fand nach 12 Uhr brach auf dem allgemeinen Betriebsdepot der Kaiserlichen Werft Feuer aus, durch das etwa 12 Holzschuppen eingeäschert wurden. Die Feuerwehr, die sofort nach der Brandstille ausrückte, war hauptsächlich auf die Erhaltung der Nachbargebäude bedacht. Die Ursache des Brandes ist bis jetzt noch nicht festgestellt worden.

Stwinemünde. Erstickt. Montag vormittag ist die neunzehnjährige Schwägerin des Gastwirts Heinrich durch den Ofen entzündendes Gas erstickt; die in demselben Raume schlafende Schwiegermutter des Heinrich wurde in bewußtlosem Zustande aufgefunden. Es ist wenig Hoffnung, sie am Leben zu erhalten. Es liegt ein Unglücksfall vor.

Rietshausen (Oberlausitz). Drei Kinder ertranken. In Weißwasser sind drei Kinder, darunter zwei Geschwister, im Alter von 8, 10 und 11 Jahren in einem Teich ertrunken.

Dortmund. Ein schwerer Grubenunfall. Beim Auslegen eines neuen Förderseils im Schacht 1 der Zeche „Kaiserstuhl“ starben zwei Bergleute in dem Schacht. Beide waren sofort tot.

London. Die „Hilda“-Katastrophe. Die South Western Eisenbahn erhielt aus St. Malo den offiziellen Bericht, daß die Gesamtzahl der Ertrunkenen 123 beträgt. 101 Passagiere waren an Bord und 28 Mann Besatzung, 6 wurden gerettet und 60 Menschen geborgen, darunter die des Kapitäns Gregory. 18 englische Passagiere erster Klasse waren an Bord, die alle ertranken, außeramt in der Londoner Gesellschaft bekannte Leute, die nach Dinard gingen.

Brüssel. Sie müssen das Tier auf Trümmern untersuchen lassen.

2. Wettkunde. Dedenhofen und Bionville sind 2 verschiedene Städte; Dedenhofen heißt französisch Chionville und liegt 28 Kilometer von Metz entfernt. Bionville ist ein Dorf im deutschen Bereich Elsass-Lothringen, Landkreis Metz. Die Entfernung Bionville's von Metz beträgt 24 Kilometer.

Franziska. Für die herzliche Teilnahme und schönen Trauzeugen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters und Großvaters sagen allein Verwandten und Bekannten, dem Medenburger Blüttdorffschen Verein, sowie Herrn Pastor Lütge für die trostreichen Worte am Grabe des Entschlafenen unsern herzlichsten Dank!

Frau E. Vernimb und Kinder. Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich.

W. Wegner und Frau, geb. Stöckow. Eine Spende zu vermieten.

Preis 4 Mark monatlich. Kaufwertschein 10/6.



Statt besonderer Meldung.

Sonntag abend 7 Uhr starb infolge Herzschlags mein lieber Mann und meiner Tochter treuer Vater, der Schlächter

Fritz Legband

im 47. Lebensjahr, auf tiefe betraut und schmerzlich vermißt von den Seinen.

Elise Legband, geb. Stomer.

Fried.straße 28.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 23. November, 10 Uhr, von der St. Lorenzkapelle aus statt.

Zentral-Verband der Fleischer und Verfaggenossen Deutschlands.

(Zahlstelle Lübeck)

Nachruf.

Am Sonntag den 19. November starb plötzlich infolge Herzschlags der Mitbegründer unserer Zahlstelle, der Kollege

Fritz Legband.

Ehre seinem Andenken.

Beerdigung am Donnerstag den 23. November, 10 Uhr, von der St. Lorenz-Kapelle aus.

Besammlung der Mitglieder bei Meier, Fadenburger Allee.

Der Verstand.

Die glückliche Geburt eines gesunden Knaben zeigen an
Wilh. Mett und Frau, geb. Steinfort.

Adolf Sulzmann
Berta Sulzmann,
geb. Krugner,

Bernähle

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten danken
gesetzlich.

Gestern morgen endete ein sanfter Tod die kurzen aber schweren Leiden unserer einzigen geliebten Tochter Anna im Alter von 2½ Jahren.

Dies zeigte mit der Bitte um stillle Teilnahme an die tieftreuende Familie.

Albert Happ und Frau, geb. Engel, nebst Sohn, Großeltern und allen Verwandten.</p

Ausnahme-Angebot

in nur erstklassigen

Schuhwaren.

Prima

Fabrikate.

100 Rabatt

welche an der Kasse in Abzug gebracht werden

gewähre ich bei Bar-Einkauf

von heute ab für nur kurze Zeit

auf alle Damen- und Herren-Stiefel.

Hugo Haendler,

95
Breitestr.
95

20% Willi Westfehling 20%

Uhrmacher u. Juwelier. Lübeck, 33 Holstenstr. 33.

Wegen Abbruch des Hauses zwecks Verbreiterung der Holstenstr. beginne ich ab heute mit
meines großen Ladens, bestehend in allen Arten
Taschenuhren, Stand-, Regulatoren-, Freischwinger u. Weck-Uhren,
Gold-, Silber- und Alfenidewaren.

und gebe auf sämtliche Waren 20% Rabatt!

Rabatt! Ausverkauf

Rabatt!

Große Tauben-Ausstellung

veranstaltet vom

Lübecker Tauben-Klub von 1902

in Hasse's Gesellschaftshaus, Johannisstrasse 25
am Mittwoch (Festtag) den 22. Novbr. u. Donnerstag den 23. Novbr.
Entree à Person 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.

H. Schreiber, Wahns. 8.

Reisehandbuch
für wandende Arbeiter.

Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Ausgabe von Friedr. Meyer & Co.

Fenerüberführung
unter gläsernen
Gefäßen A. Beßmann, Wahns. 47.
Tafziger, Soester- und Dekorations-
arbeiten werden nur ausgeführt von
Gert Pannier, Tafziger und Dekorateur,
Waisenhausstrasse 31, II.

**Reclam's
Bibliothek**
in Taschenformat
in Bänden 20 Pfg.
Ausgabe von Friedr. Meyer & Co.

Südlicher Leib- und Vorstadt-Inhalt

(nach öffentlichem Leibhaus), 10 Schildstrasse 10.

Der Ueberschuss

aus der Auktion am 6. und 7. Nov. verbliebenen
Sachen kann bis zum 2. Dez. d. J. abgeholt
werden, später wird er an die Armenanstalt ab-
geliefert.

Goldene u. silberne Uhren
werden ganz außerordentlich billig ver-
kauft im Leibhans Schildstrasse 10.
Geöffnet von 9 bis 2 Uhr.

Uhren reinigen . 1,50
Uhren austauschen . 1,50
1 Jahr Garantie. Uhrgläser 1. Lach. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrenstr. 52.

Musik
indesmeist man am besten und
billigsten nur beim Fachmann
Herrn. Haller, Instrumentenmacher
Evers Musikhaus
Markt 3 und Kohlmarkt 12.
Restauratur prompt und billig.

→ Schlaf-
decken

in großer Auswahl

Carl Karstadt

■ Holstenstraße. ■

Ein Posten in Baumwolle Stück 98 Pf.

Ein Posten wollene 420 Pf.

so weit Vorrat reicht.

— Pferdedecken —

in gelb und dunkelblau

4 50 6 00 7 00 8 50 usw.

Panorama
Breitestrasse 53, 1. Etg.

Strassburg

vor und nach der Beschiebung

1870|71.

Stadthallentheater.

Donnerstag den 23. Novbr., 8 Uhr.

39 Abonn.-Vorst. 8. Donnerst. Abonn.

Rovität!

Augen rechts.

Komödie in 3 Akten von Jon Lehmann.

Freitag, 24. Novbr. 7½ Uhr.

Zum 7. Male:

Hoffmanns Erzählungen.

Gr. fahrt Oper in 5 Akten v. Offenbach.

Beilage zum Süder Volksbote.

Nr. 274.

Mittwoch, den 22 November 1905.

12. Jahrgang.

Ertüdigung und Wettbewerb.

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier. Die empörenden Maßnahmen der Unternehmer, die Sperrze, Lohnkürzungen, vor allen Dingen auch die neue Arbeitsordnung haben, wie schon wiederholt berichtet, eine gewaltige Erregung der Bergarbeiter herverursacht. Um die Bewegung in ruhiger Bahnen zu halten, sag sich die aus dem letzten großen Streik bekannte Siebensternkommission veranlaßt, einzutreten. Sie hat schon wiederholt getagt, Eingaben an Bismarck und den Handelsminister gerichtet und endlich zum Sonnabend eine Konferenzkonferenz nach Essen einberufen. Die Tagesordnung dieser Konferenz lautete: 1. Eingabe betreffs Arbeitsordnung an das Oberbergamt; 2. Stellung zur Sperrze; 3. Abschaffungswollen. Die Konferenz war besicht von 181 Delegierten. Davon gehören 76 dem alten Verbund an, 75 dem katholischen Gewerbeverein, 23 dem politischen Verbund und 7 dem katholischen Gewerbeverein. Zum 1. Punkt war Gemäß Reichstagabgeordneter Sachse als Abstent bestellt, der folgenden Entwurf vorlegte und mit eingehender Begründung zur Annahme empfahl: „Die heutige im Range des Gesetzes von der Raa tagende, von allen Verbänden und Vereinigten des Oberbergamtsbezirks Dortmund und in Niedersachsen „Rheinpreußen“ vom Oberbergamt bekämpft Bonn beschließt Rechtsfeuerfesten werden sich an das Königliche Oberbergamt mit dem Erfuchen, der von den Begehren eingereichten Arbeitsordnung die Genehmigung zu erteilen, weil sie in verschiedenen Punkten gegen das Gesetz verstößt. Götzen bestimmt § 93 b des Berggesetzes, daß die regelmäßige Arbeitsszeit durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden darf. Dann heißt es: „Eine Verlängerung der Arbeitszeit, welche zur Umgehung der vorstehenden Bestimmungen erfolgt, ist unzulässig.“ Trotzdem schreibt die neue Arbeitsordnung im § 7 Ziffer 3 vor, daß die Dauer der Schicht für Ausläger am Schacht, die Pferdebetrieb und die bei der maschinellen Förderung beschäftigten Arbeiter 9 Stunden beträgt. In keiner bisherigen Arbeitsordnung ist für diese Kategorien von Arbeitern eine neunstündige Schicht vorgesehen. Die regelmäßige Arbeitszeit betrug nach der ersten bisher gültigen Arbeitsordnung für alle „Arbeiter unter Tage 8 Stunden“, von Beendigung der Fahrt bis zum Wiederbeginn derselben. Die neue Arbeitsordnung bringt also für die genannten Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit, was aber nach dem Gesetz unzulässig ist. Ebenso hat die regelmäßige Schichtdauer auch für die unsittelbar bei der Förderung, Beladung und dergleichen beschäftigten Arbeiter über Tage bisher überall nur 9 Stunden betragen. Auch für diese bedingt die neue Arbeitsordnung eine Schichtverlängerung von drei Stunden. Dann § 7 Ziffer 4 der neuen Arbeitsordnung schreibt für alle Tagesarbeiter eine zwölfstündige Schicht vor. Auch diese Verlängerung schlägt den Tendenz des Gesetzes, den guten Sitten und dem Willen der Gesetzgeber ins Gesetz und läßt bei einemmaßen günstiger Auslegung nicht als zulässig erachtet werden. Zweitens ist in der neuen Arbeitsordnung § 8 Absatz 2 der letzte Satz nicht als dem Gesetz entsprechend anzusehen, weil er den zweiten Satz im § 93 c des Gesetzes aufhebt. Der erstere lautet: „Nach Ablauf der für die Fahrt festgesetzten Zeit haben die Arbeiter keinen Anspruch mehr auf die Fahrt“, während der letztere im Gesetz folgendes enthält: Ein etwaiges Recht der Ein- und Ausfahrt ist auf die Arbeitszeit anzutrechnen. Diese Bestimmung wird sicher nur für die Fahrt benutzt. Und da auf den ersten Seiten die Belegschaft in einer halben Stunde nicht wieder hinaufgeführt werden kann, nach Ablauf der halbstündigen Fahrt aber niemand mehr Anspruch auf die Fahrt hat, so sind die Arbeiter dadurch verauslastet, nach Hause zu gehen und sich am anderen Tag schon vor der eigentlichen Fahrt zum Schacht und zu der Einfahrt zu drängen. Die Fahrt werden kann, wie bisher, bereitwillig vor der im

Anschlag bekannt gemachten Fahrtzeit die Leute hineinbefordern und dadurch wird die Bestimmung des Gesetzes illustriert gemacht. (Als Beweis dient der neueste Anschlag in bezug auf die Fahrt auf Seite „Holland“, wo vorgeschrieben wird, daß die ganze Belegschaft zehn Minuten vor Beginn der Fahrt im Besitz der Kontrollmarke sein muß.) Wir möchten bitten, auch diesem Punkt die Genehmigung zu erteilen, weil es mindestens indirekt eine Geschäftsvorstellung bedeutet. Drittens erachten wir auch die Billigung von Überstunden, ohne vorherige achtstündige Ruhezeit, wie sie im § 10 der neuen Arbeitsordnung vorgesehen ist, als unzulässig, weil diese Bestimmung dem § 93 d Absatz 2 widerspricht, welcher eine achtstündige Ruhepause vor jeder Nebenschicht vorschreibt. Welcher Unterschied soll zwischen dem Worte „Überstund“ und „Nebenschicht“ liegen? Ein solcher Begriffunterschied ist höchstens gemacht und bisher nirgends im Bergbau üblich gewesen. Hat der Gesetzgeber wirklich durch den Gebrauch dieser beiden Worte den Sinn hinzulegen wollen, wie ihn der juristische Vertreter des Bergbauvereins auf Seite 61 seiner Broschüre herausstellt, so hätte auch der Gesetzgeber nach unserer Auffassung eine kolossale Fallosigkeit begangen, ja sogar die guten Sitten verletzt, weil, wie bereits bemerkt, eine solche Sitzung eigentlich selbst, daß die direkt an die regelmäßige Arbeitsszeit anschließende verlängerte Arbeitszeit eine „Überstund“, die noch einer Pause zwischen zwei regelmäßigen Schichten eingeschobene Schicht aber als „Nebenschicht“ benannt worden sei, sondern beide sind bisher seit als Überstunden bezeichnet worden, deshalb müßte auch die im Gesetz vorgeschriebene achtstündige Ruhezeit vor jeder regelmäßigen Schicht ebenso wie vor jeder Neben- oder Nebenschicht streng durchgesetzt werden. Dann wollte der Gesetzgeber vielleicht an sich ließend an die regelmäßige Schicht eine Überstund bis zu 8 Stunden im Ruhrrevier zu lassen, hingegen direkt vor der regelmäßigen Schicht eine solche verbieten beziehungsweise eine Ruhezeit dazwischen legen, so schlägt er sich damit geradezu selbst ins Gesetz. Denn erkennt man im § 93 d Absatz 2 aus Gewichtsrücksichten die Notwendigkeit einer Mahnpause an, so ist sie nach der regelmäßigen Schicht genau so wichtig als vor der selben. Eine solche Fallosigkeit, wie sie der Bergbau-Verein aus dem letztgenannten Gesetzesparagraphen herauftreibt, hat doch dem Gesetzgeber sicher herausgelegen, weshalb mit dem Königlichen Oberbergamt ersucht, die Arbeitsordnung nicht früher zu genehmigen, bis die achtstündige Ruhezeit vor dem Beginn jeder „Überstund“ darin enthalten ist. Wieders verfährt der Absatz 4 im § 12 der Arbeitsordnung direkt gegen den § 80c des Berggesetzes. Zu letzterem ist bei Nichtzustandekommen des Gebotens die Zahlung des in der vorangegangenen Lohnperiode gültig gewesenen Gehaltes für die einzelne Arbeitsstelle vorgeschrieben, hingegen noch § 12 Absatz 4 der neuen Arbeitsordnung soll für solche Fälle nur Zweiertitel des durchschnittlichen Netto-Ergebnisverdienstes derselben Arbeitsstelle, welcher im vorangegangenen Monat erreicht wurde, gezahlt werden. Eine andere dem Gesetzesparagraphen entsprechende Stelle befindet sich in der Arbeitsordnung nicht, mithin ist auch damit nur eine Umgehung des Gesetzes geplant, was unzulässig ist. Das Königliche Oberbergamt wird also aus dieser geplanten Gesetzesverleugnung nicht zulassen können. Jüngstes entspricht auch die Bestimmungen über die Wahl und Tätigkeit des Arbeiterausschusses in der neuen Arbeitsordnung nicht allenthalben dem Inhalt des Gesetzes. Die Fassung des § 6 in diesen Bestimmungen ist eine solche, die nicht als einschlagsfrei zu bezeichnen ist. Dann nach dieser darf auf den Stimmenzettel „nur von den Wählern“ „ein darüberliches Recht“ angestrebt werden. Da das Gesetz im § 80f Absatz 4 Ziffer 4 die gleiche Wahl vorschreibt, so ist jedwedes Kennzeichen unzulässig. Um Streitigkeiten und Verfälle zu vermeiden, ist es wichtig, diese Bestimmung klar und deutlich dem Gesetz entsprechend abzuändern, was das Königliche Oberbergamt veranlassen möge. Götzen ist dann die

im § 12 Absatz 2 der Arbeitsordnung vorgesehene Einschränkung der Rechte des Arbeiterausschusses mit dem § 80f Absatz 2 des Gesetzes nicht in Einklang zu bringen. Denn nach dem Wortlaut des Gesetzes „hat“ der Arbeiterausschuss „Anträge“, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft, die sich auf die Betriebe und Arbeitsverhältnisse des Bergwerks beziehen, zur Kenntnis des Bergwerksbesitzers zu bringen und sich darüber zu äußern, während nach dem Wortlaut der angezogenen Stelle in der Arbeitsordnung alle Wünsche, Anträge und Beschwerden, welche lediglich die Angelegenheit Einzelner oder von Kameradschaften betreffen, von der Erörterung ausgeschlossen sind. Hier liegt also eine teilweise Aufhebung des Gesetzes vor, welche das königl. Oberbergamt nicht zulassen kann. Auch bitten wir das königl. Oberbergamt, dahin zu wirken und seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Bergbaustatistik mit gebundenen Listen in allen Arbeitsordnungen Aufnahme finde, ebenso daß die Wahl eine wirklich geheime werde und die Abstimmung nach den jetzigen Vorschriften des Wahlreglements zu den Reichstagswahlen für die Arbeiterausschäftsmitglieder übernommen werde. Ebenso soll die Wahlserklärung öffentlich hin und das Wahlergebnis sofort ermittelt und veröffentlicht werden. Ferner ist es erforderlich, die Zahl der Arbeiterausschäftsmitglieder auf 5 zu erhöhen und die Wahl abjährlich einzuführen zu lassen, die Stellvertreter aber wegzulassen, damit nicht die Stelle es in der Hand hat, unliebsame Ausschäftsmitglieder abzulegen, um den Stellvertreter, den „Beckerfreund“ ist, an den Posten zu stellen. Schließlich sollen die Werksverwaltungen auch in die Verwaltung der Unterstützungsstellen mit hinzugezogen haben, wenn sie keine Beiträge zu dessen zahlen. Fällen in die Unterstützungsstellen nur die Gelde der Arbeiter, so sollen auch nur die von den Arbeitern gewählten Ausschäftsmitglieder unter Aufsicht der Werksverwaltung entgegenstehen und umsonst die Ermächtigung und Beauftragung bitten, zeichnet usw. — Die Eingabe wurde einstimig angenommen. — Zum folgenden Punkt der Tageordnung „Sperrze“ begrüßte Referent Götzen folgende Resolution: „Aus den Mitteilungen abgeleiteter Kameraden geht hervor, daß eine Reihe von Bergarbeiterverbänden gegen seitig ein Abkommen getroffen haben müssen, welches einer Aufhebung der Sperrze zugänglich ist. Den betreffenden Kameraden ist nämlich, als sie bei den Bergarbeiterverbänden noch Arbeit anstreben, gefragt worden, daß ohne Bergarbeitergesetze aus der lichten Arbeitsstelle keine von anderen Bechen abhängenden Löhne angenommen werden können. Diese Vereinbarung der betreffenden Bergarbeiterverbänden steht im schärfsten Widerspruch mit dem als frei bezeichneten Arbeitsvertrag, auf den sich sonst nichts die Unternehmer beziehen. Die Bergarbeiterverbänden haben eine förmliche Sperrze über mittlere Kameraden entstanden, dann konnten die so gekennzeichneten Löhne und der schlechteste Behandlung zusieden. Durch dieses Abkommen haben es die Bergarbeiterverbänden in der Hand, den Kameraden das unzulässige Gedanke aufzuzwingen und den wegen schlechter Arbeitsbedingungen arbeitenden die anderen Bechen zu verschließen. Andersseits gibt das Sperrsystem den Bergern ein einfaches Mittel zur fähigen Auspeilung unarbeitender Arbeiter an die Hand. Man braucht ihnen nur keine Überlebenssicherung auszuhändigen, dann lassen die so gekennzeichneten, vergeblich um Arbeit anfragend, von Seite zu Seite. Die zugehörige Kommission sieht in dieser Regelung der Grubenbesitzer einen Bruch gegen Frau und Glauben und das Gesetz über die Freizüglichkeit. Auch wird der gesetzlich gewährte freie Arbeitsvertrag durch die genannten Maßnahmen lächerlich gemacht. Die Konferenz hält dieses Abkommen für um so verwerflicher, als durch es die Arbeitsschutzlos der Willkür der Grubenbeamten preisgegeben werden. Deshalb protestiert die Konferenz gegen die obigen Abmachungen der Unternehmer und schlägt sich dem vor der

Gold!

Ein Kalifornisches Lebenbild.
Von Friedrich Gerstäder.

(82. Fortsetzung).

„Der alte Ursian“, sagte Beckdorf, „den sag die Professoren in den Städten ausdrücken. Es ist gerade so, als wenn ich dem Jungs Vorwürfe mache, daß er ein Jungs ist, und von ihm verlangt, er solle sich bei einem Schäfer als Schäferhund vermieten. Gott hat die Leute so erschaffen, wie sie sind, und ihnen das Land zum Aufenthalt gegeben, und wir können unser Geschäft, sie daraus zu vertreiben, nicht einmal mit der Entschuldigung beschuldigen, daß wir ihnen das Land nehmen, um sie zu zivilisieren; denn es hat kein Mensch Zeit oder Lust dazu, sich damit abzugeben.“ Aber das ist eine alte, schon hundertmal behandelte — und sehr ruhige, für die Indianer freilich auch sehr traurige Geschichte. Den einzigen Trost haben sie in Kalifornien, daß ihnen das Blut nicht, wie in anderen Ländern, tropfenweise abgezupft wird, sondern daß ihnen hier kaum so viele Jahre, wie ihren Leidensgefährten Jahrzehnte, gegeben werden, sich einander zu begraben.“

Göhrke hatte eine Weile nachdenkend vor sich niedergesehen, seine nächste Frage aber bewies, wie wenig er sich das Schicksal der eben besprochenen Indianer zu Herzen nahm.

„Ich bin merkwürdig neugierig“, sagte er, „ob wir was Geschicktes finden werden — der Boden sieht gut aus, und daß schon in dem oberen Ton ein paar Körner staken, ist ein gutes Zeichen.“

Beckdorf lächelte still vor sich hin. „Es ist doch ein wunderliches Leben, was wir hier führen“, rief er erstaunt, und ich gäbe was darum, wenn sie uns doch einmal könnten so zusammen sitzen sehen, über zuschauen, wie wir im Schwitze unseres Angesichts den Boden auswählen, um

ein paar Körner des gelben Metalls herauszuwaschen. Manchmal kommt es mir bei Gott so vor, als ob ich nur im Traum so arbeite.“

„Ich kann sagen“, sagte Fischer — „wenn ich auch noch im Traum so hoden und graben sollte, und Erde schleppen und alte wacklige Maschinen schütteln, da könnte der böse das Leben holen, sobald er Lust hätte. Dass es nun übrigens ziemlich sonderbar vorkommt, ist eben kein Wunder, denn wir sind es wohl beide früher anders gewohnt gewesen.“

„Aber hübsch ist's doch“, rief Beckdorf aus, „hol' der Kuckuck, nicht um Alles in der Welt möchte ich die Welt ungescheit machen, die ich hier sehe, wenn auch oft ruhig, in dem harten Boden herumgehakt und gewühlt, wie ein wohlausruhiger Maulwurf. Der wunderschöne Wald, die freie, herrliche Luft, die Arbeit selber mit ihrer süchtigen Bewegung —“

„Arm aufräumen“, sagte Fischer.

„Was tut's — wo sich der Körper so frisch, bleibt auch der Geist frisch, und für mich selber hätte ich keine bessere Lehrzeit wünschen können.“

„Na, wenn Sie das als Lehrzeit betrachten“, lachte Fischer, dann wünsche ich, daß Sie diesen Morgen da in dem Boche drum Ihr Gesellenstück machen und einen süchtigen, faulstlichen Klumpen herauspuddeln — gebrauchen könnten wie ihn jedenfalls, denn wenn wir jetzt bald etwas Ordentliches finden, sieht es mit unserem Kostenbestand erstaunlich dünn aus.“

„Doch, was tut's, lachte Beckdorf, „unsren Lebensunterhalt gewinnen wir immer.“

„So? Danke Ihnen; damit bin ich aber weitestens nicht zufrieden“, rief sein Kompagnon; „denn meine Absicht ist, mir hier ein kleines Kapital zusammenzuschieben, um etwas damit beginnen zu können.“

„Darauf rate ich Ihnen, lieber gleich etwas zu beginnen

und Grabkreise zu vergessen. Glauben Sie einfach, daß wir je etwas Gescheites an Goldwert finden, um unsere Mühe zu bezahlen?“

„Und glauben Sie das nicht?“

„Nein,“ lachte der junge Mann.

„Ja, weshalb um Goldes willen graben Sie denn da?“ fragte ihn Fischer erstaunt — „weshalb sind Sie überhaupt nach Kalifornien gekommen?“

„Allerdings in der Hoffnung,“ segte der junge Großja, eigentlich mit der festen Überzeugung, mit hier in kurzer Zeit ein bedeutendes Vermögen zusammenzuschlagen — und Laufende sind in derselben Absicht herübergekommen. Ich wollte wachhängig von meiner Familie in Deutschland werden. Diese schönen Phantasien haben sich aber schon nach den ersten vier Wochen gründlich verloren, und ich bin jetzt so gesättigt worden, daß ich gar nichts mehr erwarte. Hinzu kommt, daß mich wirklich etwas — denn daß wir unsern Tagelohn heranzögern, ist eben kein Kunststück, und deshalb möchte ich keine Spukade auch nur ansehen — desto besser — dann betrachte ich es als wirklich gefunden und kann mich darüber freuen.“

„Mit diesen Grundbissen müssen Sie ein äußerst glückliches Leben in Kalifornien führen,“ lachte Fischer — „aber genau genommen, biß' ich mich auch so wohl genug. Wir müssen zwar unsern Zweck und Klasse vom Boden lassen — Kleider haben wir ebenfalls nur notdürftig, und Nachts schlafen wir auf einer Lößsi mittelmäßigen Matratze, von einer Legion Fliegen gequält. Aber wir in diesen Bergen auch wohl ein Mensch, was Sorgen sind? — Kümmert man sich auch nur so viel um den nächsten Tag, ausgemaßter, daß man hofft, einen Schatz zu finden? Nein, so lange ein Goldwäscher gesund bleibt — und wie ein Mensch in der Luft kann werden können, weiß ich gar nicht — so lange befindet er sich auch glücklich, und wenn ich wohl glaube, daß ich dies Leben ein mal falt bekommen könnte, so wird mir die Erinnerung daran doch immer eine ganz liebe bleiben. Ich

Giebener-Kommission an den Reichskanzler gesandten Protest an. — Ueber die Arbeiter aus Schlesse referierte Hammacher-Böckum (Hirsch-Dunkerischer Gewerbeverein). Redner glaubt, daß die Frage der Wahlbeteiligung der organisierten Bergarbeiterchaft an den Aufschwüchsen hinfallig geworden sei, nachdem sich ergaben habe, daß nur noch auf 28 Städten mit 36 000 Mann Belegschaft den Streikenden das Wahlrecht nicht zugesagt worden sei. In den übrigen empfiehlt Redner, den Beschuß der Berliner Bergarbeiterkonferenz zu erneuern. Da diesen Wunsch läuft sich eine rege Debatte, in der das heutige Ausschlußwahlsystem als ungerecht bezeichnet wurde. Sache empfahl, von einer Abstimmung über die Wahlbeteiligung abzusehen. Damit war die Konferenz einverstanden. Sie beschloß weiter, die Giebener-Kommission zu beauftragen, falls die Antwort des Oberverwalters nicht befriedigend ausfiel, oder binnen 4 Wochen keine Antwort eingelaufen sein sollte, eine neue Revolution zu erneuern einzuberufen. Die Bergleute sollen aufzufordern werden, vorläufig keine Arbeitsschäden zu unterschreiben. — Sache konstatierte am Schluß der Versammlung, daß gegenüber den Sensationsmeldungen den Organisationen aller Richtungen nichts ferner liege, als die Rente in den Streik hinzuzuhören. Das habe die Rednerkonferenz gezeigt. Die Organisationsleiter hätten alle Hände voll zu tun, die durch die Rücksichtlosigkeit der Grubenbesitzer erhöhten Gewitter zurückzuhalten. Er hoffe auch, daß die Bergleute weiterhin einig zusammenstehen würden.

Ueber einen ganz merkwürdigen Fall von Rentenbewilligung, der von den unteren Verwaltungsbehörden als völlig ausgeschlossen abgewiesen worden war, berichtete Hofbaudirektormeister Schäfke. Weimar, der Vorsitzende des Verbandes thüringischer Kaufleute, in einem Vortrage in der Apoldaer Ortskommune. Ein alter Kutscher in Weimar erzählte ihm, daß seine Antrag auf Altersrente vor vier Jahren abgewiesen worden sei, weil ihm eine kleine Anzahl von Betragsmarken gefehlt habe. Eine Dame, deren Pferd er längere Zeit gepflegt habe, sei verzogen, und er habe die Abreise nicht erlangen. Schäfke hielt den Fall auch für ausgeschlossen, rüttelte ihn sich aber. Da einer anderen Angabe nach benötigte er Provinziale über bestimmte Kommissionen im Reichstage. In einem Irrtum dazu gelegten Schriftstück des Reichstages saß er den Vermieter, daß es für den Anspruch auf Rente in ganz eigenartig liegenden Fällen auch genügen solle, wenn drei zuverlässige Bürger des betreffenden Ortes in bestimmter Weise die in Rede stehende Tätigkeit zu bezeugen vermöchten. Zusätzlich wurde nun nicht allein Schäfke selbst davon, sondern es gelang ihm auch, noch zwei andere Bürger zu ermitteln, die dieselbe Wahrnehmung gemacht hatten. Auf Grund des Ergebnisses dieser drei Bürger bekam der Kutscher in kurzer Zeit seine Rente. Sie wurde ihm sogar auf vier Jahre nachbewilligt.

Keine Verhandlungen im Textilarbeiterkampfe! Aus Gera wird berichtet: Die Vertreter der Arbeitnehmer ersuchten die Bürgermeister bei den Ratsständen beteiligten Städte um Verhandlungen mit den Fabrikanten. Diese schieden jedoch weiteres Entgegenkommen und die Einleitung von Verhandlungen ab.

Ja Marjaille streiken sämtliche Zimmerleute. 400 breiter Bau der Kolonialausstellung beschäftigten Zimmerleute wurde zwar die gesamte Lohnhöhung bewilligt, doch erklärten sie, die Arbeit nicht früher anzunehmen, als bis auch die übrigen Zimmerleute Marjailles dieselbe Lohnhöhung erhalten würden.

Klassenjustiz. Im Falzang-Anspruch wurden die "Sächsische Arbeiterzeitung" und der "Volksfreund" konserviert. In dem einen Fall sollte eine an der Spitze der Stadtgericht stehende Stütze: Ein Sozialist, der die Belästigungen des Proprietärs des Dresdner Gemüsemarkts enthalten. Das Kreisgericht verfügte Strafantrag wegen Belästigung. Im anderen Falle handelte es sich um die Firma Bielefeld & Sohn in Meißen, die sich durch eine Kritik im "Volksfreund" gekritisiert glaubte und behufs Strafverfolgung erheblich den beiden vor dem Landgericht durchgeführten Verhandlungen wurde der verantwortliche Redakteur Gustav Klem zu sechs Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe verurteilt.

Zur "Vorwärts"-Affäre. Der "Vorwärts" veröffentlichte folgende Notiz: Am Mittwoch abend fingen die Berliner Polizeibehörde und der Polizeipräsident geschrieben, daß eine Ehrung in Sachen des "Vorwärts" kommt. Es ist zu berücksichtigen.

aber wieder an die Arbeit. Daraufmerkt, wir legen hier, als ob wir vorneher hören wären und was wir eben überlegen, womit wir die Zeit am besten beschlagen könnten.

"Und sind wir das nicht?" fragt Biedorf. "Wer hat uns etwas zu erzählen? Wer uns vorzuherrschen? Wir sind freie Menschen, und bei Gott, lieber Brüder, die sogenannten "vornehmen Herren" haben das gewißlich gerade ein wenig von sich sagen. Sie bringen der Menschheit schändliche Künste hinzuleben und das ist sehr schade. Aber das ist der Mensch herzugekommen ist er, und das ist sehr schade, daß wir diese sogenannte Güte haben. Aber ich wieder an die Arbeit — Sie haben Recht — mich bringt es jetzt, ja sicher, was wir in der Grube haben werden."

Die beiden Leute liegen wieder an ihrem Bettlagerplatz zusammen, und Brüder ist sich an die Wirklichkeit, bedauert Biedorf vor der Idee auf den Rücken der Grube geworfenen Ende des paar Eltern fällt und sie läßt zum Ende tragen.

"Was haben Sie, Brüder?" fragt er hier, als er ihnen gesammelt, jämmerlich in einiger grüner Stunde, bei der Wirklichkeit liegt fest.

"Na," sagt Brüder, "ich habt' eben an die beiden unruhigen Tage hier im Paradies, der Siedlung und den USA gedacht, und dort sind Menschen sehr direkt darüber gestanden, daß sie nicht auszustecken."

"Sagst du, daß du hier hierausgestoßen bist?" fragt Brüder, "der Mensch hatte aber immer noch weit weniger Recht, denn er verstand ja besser. Wie diese drei Menschen aber hier in den Wäldern der Sierra Madre — versteckt, so kann ja das Ganze nicht abnehmen — ja nur ein Stück!"

„presse“ hatte eine solche aufgearbeitet, der die sechs ausgeschiedenen Redakteure im voraus ihre Zustimmung gegeben hatten. Parteivorstand und Preskommision hatten aber an den Hauptläden einschließende Verhandlungen vorgenommen und legten am Mittwoch abend die beiden Erklärungen den Funktionären vor, mit dem Antrage, der von ihnen abgedrehten Erklärung ihre Zustimmung zu geben. Hierdurch die Erklärung sollte jetzt, nach Annahme derselben durch beide Zeilen die Polomil einzustellen. Nach breitflächiger lebhafter Debatte lehnte die große Mehrheit die Annahme irgend einer Erklärung ab, Vorstand und Preskommision blieben mit ihrem Antrage in der Mündigkeit. Mit der Einschaltung der Polomil in der Parteipresse wollte man sich einverstanden erklären, doch sollte die Parteikommision das Recht haben, ihr Urteil in dem Streit abzugeben und sollte die Parteipresse über diese Verhandlungen und die angenommenen Resolutionen berichten. Eine Resolution des Genossen L. Kraus, die in ihrem ersten Satz den sechs Redakteuren einen Tadel aussprach, im zweiten und dritten Satz einen verdeckten Angriff auf Parteivorstand und Preskommision enthielt, im vierten Satz die Berliner Genossen ersuchte, den ersten drei Sätzen beizutreten und im fünften Satz den „Vorwärts“ als Volksblatt für die Berliner Genossen reklamieren wollte, wurde, da der Antragsteller gerügt war, vor der Abstimmung sich zu entschuldigen, et abstimmung abgelehnt. Der Versuch, in diesem Augenblick die Lokalisierung des „Vorwärts“ aus sehr durchsichtigen Gründen auf die Tagessordnung zu bringen, ein Versuch, den der Genosse Heine unterstützte, wurde scharf zurückgewiesen. — Die vorerwähnte Resolution Kraus hatte folgenden Wortlaut: „Die Versammlung erklärt die voreilige Veröffentlichung der Kündigung durch die sechs ausgeschriebenen Redakteure im „Vorwärts“ für einen schweren Fehler, den die Redakteure im Parteiinteresse hätten vermeiden müssen. Sie verkannt aber auch nicht, daß diese Parteivorstände und der Preskommision andere Wege offenstanden, um den Missständen am „Vorwärts“ abzuholzen. Die Versammlung erklärt weiter, daß, wenn der eingeschlagene Weg gewählt wurde, der Redaktion mitgeteilt werden müsse, daß sie vor der Bekanntmachung in der Sitzung der Parteifunktionäre am 23. Oktober gehört werden sollte. Die Versammlung erwartet, daß die Berliner Parteigenossen sich diese Erklärung zu eigen machen und damit die Angelegenheit für sie als erledigt betrachten. Die Versammlung spricht gleichzeitig aus, daß sie die Umwandlung des „Vorwärts“ aus einem Zentralorgan in das Organ der Genossen von Groß-Berlin nach wie vor für zweckmäßig und wünschenswert hält.“

Kopenhagens „Sozialdemokraten.“ Die Agitation, die unsere Kopenhagener Parteigenossen seit Beginn dieses Winters für die weitere Verbesserung des Hauptorgans der dänischen Sozialdemokratie entfaltet haben, ist jetzt vorläufig abgeschlossen. Die Zahl der Abonnenten ist in dieser farzen Zeit von 42 000 auf 47 000 erhöht worden, also um rund 5000. Man war selbstverständlich von vorherherin überzeugt, daß das Ziel, die Abonnentenzahl auf 50 000 zu bringen, nicht mit einemmal erreicht werden könnte. Beim nächsten Winterschluß wird die Agitation von neuem aufgenommen; dann kommen im März die Stadtverordnetenwahlen, später die Volksabstimmung und danach die Landschaftswahlen, die ebenfalls gute Gelegenheit zu weiterer Agitation für die Presse bieten. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß unter diesen Umständen die gewünschte Abonnentenzahl sehr bald erreicht werden wird, so daß dann an je 10 Einwohner des Kreisgebietes ein Abonnement der sozialdemokratischen Zeitung kommt, die so wie es schon seit Jahren von allen dänischen Parteien die größte Abonnentenzahl hat.

AUS WIRK UND WIRK.

Vater und Sohn. Ein grausames Verbrechen hat der 20jährige Alfred Janowitz in Berlin gegen seinen 65 Jahre alten Vater verübt. Der junge Janowitz ist ein dem Tode ergebener Mensch, der sich von seinem alten Vater noch ernähren läßt. Als er nach in einer der letzten Nächte wieder angekrochen nach Hause kam, machte ihm der Vater heftige Vorwürfe. Der Starckene geriet hierüber draußen in Wut, daß er sich höchst auf den weichen Sessel stützte und ihn mit den Fäusten ins Gesicht schlug. Hierauf zog er das Messer aus der Tasche heraus und stach damit auf den Vater ein. Die Klinge ging dem alten Mann durch die Faust hindurch bis in den Blut und hinein

„Der Siedler soll Geld haben,“ meinte Biedorf, und damit holt er sich und seinen Kompagnon wohl noch eine Peitsche über. — Er sah rasch in die Höhe und aufmerksam nach dem Hause hinüber.

„War es etwas?“

„Ich hörte ein Geräusch, und wie ich aufschreckte, war es mir auf, als ob ich einen Schatten an jenem ungewissen Raum da drinnen dicht an dem Pfad gesehen hätte.“

„Vielleicht der Schatten eines Rauhrecks, der über das Feld schlägt.“

„Vielleicht,“ sagte Biedorf, ohne den Blick von jener Stelle zu nehmen, „und doch sag es auch wieder anders aus. — Was uns die Fabrikant um Ecke gar einen Besuch zugebracht hat.“

„Sie — so viel für die Fabrikant — schütten Sie nur die Erde herunter — ja, der eine Eimer ist genugend, jetzt fahren wir mit dem Waggons. Während Sie einen anderen holen, bin ich mit diesen fertig und die Maschine läßt im Zug.“

„Da kommt ein Reiter des Friedhof herauf,“ sagte Biedorf, der noch rasch nach allen Seiten umhergeschaut hatte.

„Das, das ist ein Amerikaner,“ sagte Biedorf, der seine Stellung mit den Augen folgend — vielleicht gar der neue Soldat, der die Erde hier absucht, von uns einem Teufel die zwanzig Dollar Tage einzufordern. Bei mir kommt er aber schlecht an; ich gebe mir für einen Bürger der Amerikanischen Staaten aus und spüre ihn nach San Francisco, meine Kappe zu unterziehen.“

„Das ist kein Amerikaner,“ sagte aber Biedorf, der den Siedler im Lager beobachtet hatte. „Die Siedler habt ihr eigentlich jedesfalls kein gegeben.“

„Wie Siedler, das ist ja der Spitzer, jener Mr. Smith — wie er, glaubt ich, heißt“ — rief Biedorf, der damals die Siedler mit den Siedlern hatte. Das war auch fü-

nd und schickte das Siedlerschloss entzwei. Gestrandet brach der Siedler zusammen. Hierauf fesselte der Unhold sein Opfer an Händen und Füßen und zog zur Polizeiwache. Dort gab er an, sein Vater sei plötzlich wahnsinnig geworden und habe ihn in den Sohn, angefahren wollen. Es begaben sich einige Beamte nach der Siedlerswohnung, in der sie den Alten in entzücktem Zustande vorfanden. Sofort wurde der Unzulässigkeit von seinen Fesseln befreit und nach der Haftstation 16 in der Befreiung gebracht, wo ihm ärztliche Hilfe aufsuchte wurde. Bei einer späteren Erneuerung des Urteils stellte sich dann heraus, daß er das Opfer seines brutalen Sohnes geworden war. Während der Vater nach dem Krankenhaus kam, wurde der Sohn verhaftet.

Was einem in Berlin passieren kann — so lautete die Spitzrede einer Notiz, welche am 12. September v. J. in der „Welt am Montag“ erschien. Der Verfasser, ein junger Kaufmann, Otto Knapp in Tempelhof, hatte sich eines Morgens sehr früh in die Salagen in der Blanken Höhle gefegt, um in würdiger Morgenlust ein Buch zu lesen, die eine General-Kazzette veranstalteten und nahmen ihn mit, obwohl er energisch dagegen protestierte. Mit einer ganzen Anzahl lästiger Gefinde wurde er, wie er beschreibt, unter Misshandlungen zu Wache gebracht und erst entlassen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er wirklich kein Bandeuer war. Alles dies hatte er anschaulich in dem Artikel geschildert und der Redakteur Max Lindwig hatte einige durch die Sachlage gebotene Bemerkungen dazu gemacht. Die fraglichen Geheimpolizisten fühlten sich offiziell durch diesen Artikel bestätigt. Der Polizeipräsident von Berlin stellte sie für Strafantrag. Das Landgericht I in Berlin hat aber am 9. März sowohl Knapp als Ludwig freigesprochen, weil der Strafantrag als nicht ausreichend angesehen wurde. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob aber am 17. November das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Beim Spiel erhängt hat sich in Caputh bei Potsdam der 1½-jährige Sohn des Körbachers Ludwig. Mit seinem Geschwister holte er in der Wohnung in Abwesenheit der Eltern Verstärkung und war dabei unter einer Bett gekrochen, von dessen Matratze ein Gurt herabhangend eine Schleife bildete. Durch letztere stieß der kleine Knabe den Kopf und rief seinem Geschwister zu, ihn zu suchen. Gleich darauf rutschte er aber mit den Füßen fort und fiel zur Erde, wobei sich die Schleife des Gurtes zugog. Die Geschwister suchten den Bruder längere Zeit verzweifelt und als sie ihn entdeckten, war er eine Leiche. Die von einem Arzte angestellten Wiederbelebungsversuche waren leider vergeblich.

Justizirrtum und Entschädigung für unschuldig erlittene Gefängnisstrafe. Die Witwe Göhl und die Kellnerin Sörensen in Saarbrücken hatten sich vor etwa Jahresfrist bei der Polizeidirektion beschwert, daß der Schuhmann Moser sie fortgesetzt mit unsittlichen Anträgen belästige. Der Verkäufer der Sörensen, Schlosser Hirsch, hatte die betreffende Eingabe niedergeschrieben. Moser stellte Strafantrag mit dem Erfolg, daß die beiden Frauen wegen Belästigung und sibler Nachrede zu je 1 Monat Gefängnis, Hirsch wegen Verhältnisse zu 75 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden. Frau Göhl und die Sörensen haben ihre Strafe ab, nachdem ein Gnadenstreich abschlagsfähig geworden war; Hirsch legte Revision beim Reichsgericht ein, das die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückverwies. Da der neuen Verhandlung ergaben sich soviel Momente zugunsten der Göhl und Sörensen, daß Hirsch freigesprochen wurde. Man legten auch die beiden Frauen das Wiederanfahren beider gegen sich durch, und in dieser Verbindung beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beider Angeklagten. Das Gericht erklärte demgemäß. In der Urteilsbegündung hieß es, daß den beiden Angeklagten sowohl als den von ihnen aufgebrachten Zeugen unbefangen zu scheinen sei, nicht aber den gewundenen und geschräbten Erklärunghen des klägerischen Schuhmanns. Das Amtsgericht hat jetzt den Anspruch der beiden Frauen auf Entschädigung für die unschuldig erlittene Gefängnisstrafe von einem Monat für gerechtfertigt erklärt und die Gerichtskasse verpflichtet, eine noch höher zu bestimmende Summe an die Gefangierten zu zahlen.

Berluß für das Paradies, wenn er sich wo anders eine Residenz sucht. Der Kiel ist ein Lump durch und durch.“

„Er biegt hierherzu ab.“

„Lassen Sie sich nicht mit ihm ein,“ meinte Biedorf — er mag zum Teufel gehen und sich dort eine Unterhaltung suchen.“

Biedorf flog an seine Maschine zu schaukeln, und Biedorf ging mit dem geleerten Eimer nach der Grube zurück, um frische Erde einzufüllen. Als er diese zur Maschine brachte, kam der Reiter eben am Grabe heraus und hieß neben den beiden an. Mr. Smith hätte nämlich für weit gerader gehalten, den Botenweg nach dem „golden bottom“ zu reiten, als sein kostbares Leben wie sein erbeutes Gold den Zufällen eines, wie er recht gut wußte, tollkühnen Angriffs auszuweichen. Allerdings war ihm nicht entgangen, daß eine ziemlich große Anzahl von Siedlern in den Bergen umherstreift. Diese halten sich aber um dem Morgen alle weit mehr östlich, der Stelle zugezogen, an der die Bergleute hielten, und außerdem brachte er sie, gut beritten und mit einem vorzülichen Revolver bewaffnet, auch nicht zu fürchten. Sowie er dann nur den Hügelrücken erreichte, befand er sich auch schon fast in dem Bereich von „golden bottom“, in dessen Nähe viele Amerikaner arbeiteten. Mr. Smith saß auch sehr vorsichtig auf seinem Pferde, das rechte Bein über dem Sattelkarpf hinaufgeschlagen, nach Damensart, und pfiff sehr vergnügt und sehr falsch den Yankee-Doodle — oder vielleicht „Washingtons March“, es konnte recht gut Beides sein. So bog er vom Pfad ab, den gerade dort ein ungebrochener Baumstamm verlegte, und kam direkt zu den beiden Deutschen vorbei, neben deren Maschine er sein Pferd einen Augenblick einzufühlen. Er schenkte Eile zu haben, seine Handkante zur Hölle herzuholen.

(Fortsetzung folgt.)